

# epd medien

Frankfurt am Main ■ [www.epd.de](http://www.epd.de)

20. März 2015 **12**

## INHALT Strukturelle Vorgaben

Netzneutralität als zentrale Frage der Medienordnung / *Von Hans Hege* ..... 3

### Inland

VPRT greift Rechercheverbund von NDR, WDR und SZ an .....	7
Polenz äußert Vorbehalte gegen neuen ZDF-Staatsvertrag .....	8
Oberverwaltungsgericht Münster bestätigt Rundfunkbeitrag .....	8
Media Broadcast erhält Zuschlag für DVB-T2-Plattform .....	9
Staatskanzlei kritisiert Stimmungsmache im Internet .....	9
Redaktion von „Günther Jauch“ weist Manipulationsvorwürfe zurück .....	10
Keine Akteneinsicht für Medien bei Bankenaufsicht .....	11
Kritik an EZB wegen Einschränkung der Pressefreiheit .....	11
Weitere Inlandsmeldungen ab Seite .....	12

### Internationales

ITV übernimmt Produktionsfirma Talpa Media .....	25
Tschechiens Präsident fordert Abschaffung der Rundfunkgebühren .....	25
Polen: Fernsehmoderator wegen Mobbing entlassen .....	26
Spanien: Prisa macht zwei Milliarden Euro Verlust .....	26
Klage gegen „Die Welt“ in Warschau abgewiesen .....	27
Tamedia plant deutsche Digital-Ausgabe von „20 Minuten“ .....	28
Weitere internationale Meldungen ab Seite .....	28

### Kritik

VOR-SICHT: „Tatort: Das Muli“ von Stephan Wagner und Stefan Kolditz (ARD/RBB) .....	31
„Am Ende des Sommers“ von Nikolaus Leytner und Agnes Pluch (ARD/MDR/ORF) .....	32
„Harter Brocken“ von Stephan Wagner und Holger Karsten Schmidt (ARD/Degeto) .....	33
„Das Spiel beginnt!“ mit Johannes B. Kerner und Emma Schweiger (ZDF) .....	34
„Let's talk. Weil Meinung zählt!“ von Georg Bussek (KiKA/ZDF) .....	35
„Die Brücke von Remagen“ von Werner Kubny (WDR) .....	36
Weitere Kritiken ab Seite .....	37

### Dokumentation

Reporter ohne Grenzen über die Pressefreiheit in Deutschland .....	39
--	----

## Media Broadcast erhält Zuschlag für DVB-T2-Plattform

Erste private Programme sollen bereits Anfang 2017 verbreitet werden

Berlin (epd). Der Sendernetzbetreiber Media Broadcast hat den Zuschlag für die digital-terrestrische Verbreitung privater Rundfunkangebote im neuen DVB-T2-Standard erhalten. Diese Entscheidung sei am 17. März in Berlin getroffen worden, teilte die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Landesmedienanstalten mit. Ab dem ersten Quartal 2017 könnten damit private Angebote über die neue Plattform terrestrisch verbreitet werden.

In den Ballungsräumen werde Media Broadcast „ein vielfältiges Angebot privater verschlüsselter Programme“ sowie einzelne unverschlüsselte Programme, etwa private Regionalprogramme, zu „wesentlichen Teilen“ in HD-Qualität verbreiten. Der Umstellungsprozess soll im Jahr 2019 abgeschlossen sein. Parallel dazu werden auch die Angebote von ARD und ZDF sukzessive auf den neuen Standard umgestellt.

Bereits ab Mai 2016 sollen in einer Pilotphase auf einem Kanal die reichweitenstärksten Programme öffentlich-rechtlicher und privater Sender in HD-Qualität ausgestrahlt werden, hieß es. Fernsehzuschauer müssen sich aufgrund der Umstellung neue Empfangsgeräte anschaffen. TV-Geräte und Set-Top-Boxen, die mit dem neuen Standard kompatibel sind, sollen laut Mitteilung bereits in diesem Jahr im Handel verfügbar sein.

Der gesamte Umstiegsprozess sei an einem von den Medienanstalten moderierten Runden Tisch abgestimmt worden. Die dort versammelten öffentlich-rechtlichen und privaten Programmveranstalter würden nun gemeinsam mit Media Broadcast den technischen Umstieg kommunikativ vorbereiten und begleiten, kündigten die Medienanstalten an. Endgeräteindustrie und Einzelhandel würden eng eingebunden, damit ein verbraucherfreundlicher Umstieg auf DVB-T2 gewährleistet sei.

Der ZAK-Vorsitzende Jürgen Brautmeier betonte, dass auch für die DVB-T2-Plattform ein diskriminierungsfreier und chancengleicher Zugang gewährleistet werden müsse. „Es darf keine Benachteiligung einzelner Rundfunkveranstalter geben“, sagte er. Die Auswahl der lokalen oder regionalen Programme müsse im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen Landesmedienanstalt getroffen werden.

Damit der Rundfunk den verabredeten Zeitplan einhalten könne, müsse die Bundesnetzagentur schnell

das verabredete Frequenzumstellungskonzept umsetzen, forderten die Medienanstalten. Nur so könne der Umstieg auf DVB-T2 in den Ballungsräumen Anfang 2017 beginnen und im Jahr 2019 abgeschlossen werden. Der planmäßige Umstieg sei Voraussetzung dafür, dass die frei werdenden Rundfunkfrequenzen zeitnah für breitbandige Internetverbindungen über Mobilfunk – insbesondere in ländlichen Regionen – zur Verfügung stehen. Auch Media Broadcast forderte, die „notwendigen frequenzpolitischen und -technischen Voraussetzungen“ zügig zu schaffen.

Die Bundesnetzagentur hatte Ende Januar ein neues Verfahren zur Versteigerung von Rundfunkfrequenzen an Mobilfunkbetreiber eröffnet. Die Auktion soll im Mai oder Juni in Mainz stattfinden (epd 6/15). Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), der auch für die digitale Infrastruktur zuständig ist, erwartet aus den Erlösen einen Milliardenbetrag.

Die Fernsehsender hatten sich gegen eine Umwidmung der Fernsehfrequenzen schon vor 2019 ausgesprochen. Eine frühere vollständige Räumung ist nach Darstellung der ARD nicht verbraucherfreundlich, weil der neue Standard DVB-T2 erst ab 2017 eingeführt werden könne (epd 34/14). Eine gleichzeitige Nutzung des Frequenzspektrums durch Fernsehsender und Mobilfunkunternehmer ist nach Einschätzung von Experten nicht sinnvoll, weil DVB-T-Signale die Mobilfunksignale stören und umgekehrt. Auch ein Bericht des früheren europäischen EU-Außenhandelskommissars Pascal Lamy empfiehlt, dass Rundfunkanstalten in Europa das 700-Megahertz-Band noch bis 2020 für terrestrische Angebote nutzen dürfen (epd 36/14). *rid*

## Staatskanzleichef kritisiert Stimmungsmache im Internet

Pörksen: Deutungshoheit der traditionellen Medien wird infrage gestellt

Frankfurt a.M. (epd). Der Chef der hessischen Staatskanzlei, Axel Wintermeyer (CDU), kritisiert, dass in der „veränderten, manchmal atemlosen Medienwelt“ Schnelligkeit oft vor Genauigkeit geht. Vor allem in sozialen Netzwerken im Internet kursierten viele Falschmeldungen, sagte Wintermeyer am 12. März in Frankfurt am Main.

Bei Facebook sei nach seiner Einschätzung ein Drittel aller Meldungen falsch. So werde oft „gezielte Stimmungsmache“ betrieben. Wintermeyer forderte einen Qualitätsjournalismus, der sich frei mache von der Jagd nach Klickzahlen.

Die Politik stehe vor der Herausforderung, den „Erhalt einer pluralen, offenen und manipulationsarmen Gesellschaft“ zu sichern, sagte der Staatskanzleichef und hessische Medienminister beim Forum Medienezukunft der Hessischen Landesanstalt für Privaten Rundfunk und neue Medien (LPR). Das Thema einer einheitlichen konvergenten Medienordnung stehe ganz oben auf der medienpolitischen Tagesordnung, doch hier müssten Fragen des Wirtschafts- und Urheberrechts mit Fragen des Rundfunkrechts gemeinsam betrachtet werden. Auf all diese Fragen gebe es keine schnellen Antworten. Fraglich sei auch, ob politische Prozesse überhaupt mit der rasanten Entwicklung im Netz Schritt halten könnten.

LPR-Direktor Joachim Becker sagte, angesichts des Strukturwandels der Medien hätten sich die Variablen journalistischer Aussagenentstehung fundamental verändert. Der Kulturwandel verlange Journalisten, Medieninstitutionen und Nutzern viel ab. Den klassischen Medien drohe der „Niedergang ihres Geschäftsmodells“. Zugleich aber hätten Journalisten nie zuvor Zugang zu so vielen Informationen gehabt wie heute. „Noch nie konnten Journalisten ihre Geschichten so vielfältig erzählen, noch nie standen so viele Darstellungsformen für so viele Verbreitungsmöglichkeiten zur Verfügung“, sagte Becker.

Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen sagte, durch das Internet und soziale Netzwerke sei das Publikum zu einem „einflussreichen Player in der Erregungsarena der Gegenwart“ geworden. Er beobachte eine „Empörungsdemokratie des digitalen Zeitalters“. Die Deutungshoheit der traditionellen Medien werden infrage gestellt, der Vertrauensverlust führe zu Medienverdrossenheit. Das Publikum etabliere sich als „fünfte Gewalt“ im Staat. Durch Twitter und Facebook bilde sich eine „Publikative eigenen Rechts“, die ein „Agendasetting von unten“ bewirke. Pörksen sagte, Journalisten müssten als kritische Partner in den Dialog mit dem Publikum treten. Qualitätsjournalismus müsse die Thematisierungsvorschläge der Rezipienten aufgreifen und Besonnenheit und Entschleunigung in den Dialog einbringen.

Der Journalistik-Professor Klaus-Dieter Altmeppen sagte, das Publikum könne trotz neuer Online-Partizipationsformen professionelle Journalisten nicht ersetzen. Nicht jeder könne Journalist sein, dafür seien handwerkliche und soziale Kompetenzen notwendig. „Journalismus braucht Reputation“, sagte Altmeppen, der an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt Journalistik lehrt.

Das LPR Forum Medienezukunft wurde von der LPR Hessen organisiert und stand unter der Schirmherrschaft des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier. **dir**

## Redaktion von „Günther Jauch“ weist Manipulationsvorwürfe zurück

Keine Anzeichen für Bearbeitung des „Stinkefinger-Videos“ von Varoufakis

Berlin (epd). Das „Stinkefinger-Video“, das die Redaktion der ARD-Talkshow „Günther Jauch“ am 15. März dem griechischen Finanzminister Gianis Varoufakis vorspielte, war nach Darstellung der Redaktion nicht manipuliert. Mehrere Experten hätten bestätigt, dass es in dem Videoausschnitt keine Hinweise auf eine Manipulation gebe, teilte die Redaktion am 16. März mit. Varoufakis hatte in der Sendung gesagt, er habe den Mittelfinger nicht gezeigt. Das Video, das eine Rede von ihm in Zagreb 2013 zeigt, in der er kurz den Mittelfinger hochhält, sei manipuliert („doctored“) worden.

Nach Angaben der Redaktion von „Günther Jauch“ halten die Netzanalysten von „storyful“ das Video für authentisch. Auch zwei weitere befragte Experten hätten keine Indizien für eine Bearbeitung gefunden. So halte der Video-Analyst „Conflict Reporter“ das Material „zu 99,9 Prozent für authentisch“. Auch die Netzanalysten der Firma Dence hätten „keine Auffälligkeiten für eine Manipulation“ festgestellt.

Die Redaktion hatte ein Video eingespielt, das den heutigen Finanzminister bei einem Auftritt im Mai 2013 beim Subversive Festival in Zagreb zeigte. Darin sagte Varoufakis sinngemäß, er hätte 2010 der damaligen griechischen Regierung geraten, den Staatsbankrott anzumelden und Deutschland den Finger zu zeigen. Varoufakis war damals noch Dozent an der Lyndon B. Johnson School of Public Affairs der University of Texas in Austin. Kritiker wie der Medienjournalist Stefan Niggemeier warfen Moderator Günther Jauch vor, dass er den Zuschauern nicht erklärt habe, in welchem Kontext das Video entstanden sei. So sei Varoufakis zum damaligen Zeitpunkt noch nicht Finanzminister seines Landes gewesen. Auch dass er sich mit seinen Ausführungen auf die Krise im Jahr 2010 bezogen habe, sei nicht deutlich geworden.

Jauch hatte zu Varoufakis gesagt: „Der Stinkefinger für Deutschland, Herr Minister. Die Deutschen zahlen am meisten und werden dafür mit Abstand am stärksten kritisiert. Wie passt das zusammen?“ Varoufakis stritt wiederholt ab, dass er den Mittelfinger gezeigt habe.